

BERICHT

Kantonales Amt für Gleichstellung und Familie

Familientagung

26. Januar 2018

Informations- und Reflexionstagung für Fachleute, Politiker/innen,
Verbände und alle an der Familienpolitik Interessierten

Verfasser des Berichts: Yannick Barillon, Jurist und Journalist,
im Auftrag des Kantonalen Amtes für Gleichstellung und Familie (VS)

Inhaltsverzeichnis

Einleitung und Eröffnung der Tagung	Seite 3
1. Familien in der Schweiz. Statistischer Bericht 2017	Seite 4
2. Familienberichte, Familienleitbilder und Familienkonzepte der Kantone	Seite 6
3. Bedarf der Familien und Entwicklung der Familienpolitik	Seite 8
4. Familien und Armutsrisiko	Seite 10
5. Familienpolitik und Vereinbarkeit von Beruf und Familie	Seite 12
6. Familienpolitik im Wallis	Seite 14
Zusammenfassung	Seite 17

Tagungsprogramm

09h30 - 09h40	Offizielle Eröffnung ISABELLE DARBELLAY MÉTRAILLER Chefin des kantonalen Amtes für Gleichstellung und Familie
09h40 - 09h50	Ansprache ESTHER WAEBER-KALBERMATTEN Vizepräsidentin des Staatsrates
09h50 - 10h40	Familien in der Schweiz. Statistischer Bericht 2017 YVON CSONKA Leiter des Bereichs Thematische Analysen und Erhebungen, Bundesamt für Statistik
10h45 - 11h35	Familienberichte, Familienleitbilder und Familienkonzepte der Kantone HEIDI STUTZ Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS)
11h40 - 12h10	Bedarf der Familien und Entwicklung der Familienpolitik PHILIPPE GNAEGI Geschäftsführer von Pro Familia Schweiz und Lehrbeauftragter an der Universität Freiburg
12h15 - 13h30	PAUSE
13h35 - 14h25	Familien und Armutsrisiko FRANÇOIS HÖPFLINGER emeritierter Titularprofessor für Soziologie an der Universität Zürich, Co-Autor des Familienberichts 2017 des Bundesrates
14h30 - 15h20	Familienpolitik und Vereinbarkeit von Beruf und Familie SABINA GANI Dr. der Sozialwissenschaften, Verfasserin einer These zur Politik der Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der EU
15h25 - 16h05	Familienpolitik im Wallis NICOLE LANGENEGGER ROUX Direktorin der Hochschule für Soziale Arbeit, HES-SO Valais-Wallis
16h10 - 16h25	Zusammenfassung und Ausblick YANNICK BARILLON Jurist und freischaffender Journalist

Einleitung

Das Kantonale Amt für Gleichstellung und Familie hat am 26. Januar 2018 in Siders eine Tagung über die Walliser Familien organisiert. An dieser Tagung wurde über den Eidgenössischen Familienbericht 2017 informiert und es sollten Wallis-bezogene Überlegungen zur Familienpolitik angestellt werden. Die Rednerinnen und Redner stellten zwei Berichte¹ vor, die zur Verfassung des Eidgenössischen Familienberichts 2017 geführt hatten, und hielten Vorträge zu gezielten familienpolitischen Themen.

An der Tagung nahmen rund 80 Personen aus der Zivilgesellschaft, aus dem Privatsektor, der Universitäten, der Gemeinden und der lokalen Medien teil. Nach den einzelnen Vorträgen tauschten sich die Rednerinnen und Redner in einer Fragerunde mit den Tagungsteilnehmenden über die Familienpolitik und die Walliser Situation aus. Durch die Diskussionen konnten die Teilnehmenden für die vorhandene Arbeit sensibilisiert werden, es konnten aber auch Lücken aufgezeigt werden wie die Tatsache, dass es keinen umfassenden Bericht über die Familien im Kanton Wallis gibt. Bei den Ausführungen wurde besonders auf das Armutsrisiko und die Problematik der Vereinbarkeit von Beruf und Familie hingewiesen. Dadurch wurden Denkanstösse zu den Mitteln und zur Art und Weise der Anpassung und Koordination der Familienpolitik in Anbetracht von Herausforderungen wie demografischer Wandel oder Migration entwickelt.

Eröffnung der Tagung

Zur Eröffnung der Tagung erinnert Isabelle Darbellay Métrailler, Chefin des Kantonalen Amtes für Gleichstellung und Familie, an die zunehmende Anzahl Einelternfamilien im Wallis, die anhaltende Schwierigkeit zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Entwicklung des Einkommens der Familien. Bezüglich Familienzulagen ist das Wallis heutzutage nicht mehr der grosszügigste Kanton in der Schweiz, da er seine Spitzenposition inzwischen an andere Westschweizer Kantone wie Waadt und Genf verloren hat. Abschliessend weist Isabelle Darbellay Métrailler darauf hin, dass das Wallis globale Überlegungen zu seiner Familienpolitik anstellen muss.

Ein ganzer Tag mit engagierten Fachleuten, der nur Überlegungen zur Familienthematik gewidmet ist, sei ein Geschenk und eine wichtige Handlung für die gesamte Walliser Regierung, so die Vizepräsidentin des Walliser Staatsrates, Esther Waeber-Kalbermatten. Für die Vorsteherin des Departements für Gesundheit, Soziales und Kultur ist eine genaue Beleuchtung der Walliser Familien Teil der prioritären Massnahmen der Legislaturperiode. Ihr zufolge sei es wichtig zu wissen wovon man spreche, um die Leistungen zu definieren und eine transversale Familienpolitik zu definieren. Die Staatsrätin schliesst mit der Feststellung, dass dies für das Wallis, das auf neue Ideen setzt, eine Priorität sei.

¹ «Familien in der Schweiz. Statistischer Bericht 2017», «Familienberichte, Familienleitbilder und Familienkonzepte der Kantone»

DISKUSSIONEN

1. Familien in der Schweiz. Statistischer Bericht 2017

Yvon Csonka, Leiter des Bereichs Thematische Analysen und Erhebungen beim Bundesamt für Statistik, hat den Statistischen Bericht 2017 «Familien in der Schweiz» vorgestellt. Der Forscher hat erklärt, wie sich aus konkreten Zahlen starke Tendenzen in Sachen Zusammensetzung der Haushalte und neue Lebensformen ablesen lassen. Er hat aber vor allem unveröffentlichte Ergebnisse zu den Paarbeziehungen und zur Rollenverteilung sowie zur Inanspruchnahme der familienergänzenden Betreuung vorgestellt.

In Bezug auf die **Struktur der Haushalte** hat Yvon Csonka gezeigt, dass die Hälfte der Schweizer Bevölkerung aus Haushalten mit mindestens einem Kind unter 25 Jahren besteht, was dem internationalen Standard entspricht. Die meisten dieser Haushalte sind keine Fortsetzungs- oder Patchworkfamilien, sondern mehrheitlich Ehepaare (75 %), aber auch Konsensualpaare (4,8 %). Erst an dritter und vierter Stelle stehen Patchworkfamilien, die in ehelicher Gemeinschaft (3,1 %) oder als Konsensualpaare (2,4 %) leben. Die meisten der Einelternfamilien sind alleinlebende Mütter (12 %) und in geringerem Masse alleinlebende Väter (2,3 %). Yvon Csonka relativiert den Anteil der Einelternfamilien allerdings und präzisiert, dass sich deren Situation rasch verändern könne, sei es hin zu einer Patchworkfamilie oder weil das Kind auszieht. Die übrige Schweizer Bevölkerung besteht aus Haushalten ohne Kinder (25,2 %), Einpersonenhaushalten (15,8 %) sowie anderen Familienhaushalten oder Nichtfamilienhaushalten.

In Bezug auf die Entwicklung der Haushalte seit den 1970er-Jahren lässt sich feststellen, dass sich die Einpersonenhaushalte verdreifacht haben – vor allem aufgrund der Alterung der Bevölkerung – und dass sich die Zahl der kinderlosen Paare und der Einelternfamilien verdoppelt hat, während die Zahl der Haushalte mit mindestens einem Kind unter 25 Jahren unverändert geblieben ist.

Eltern werden

Aus den Statistiken geht hervor, dass die zusammengefasste Geburtenziffer in der Schweiz 1,5 Kinder pro Frau beträgt. Diese Zahl ist stabil, im internationalen Vergleich allerdings tief. Die zusammengefasste Geburtenziffer in Frankreich beträgt 2 und in den nordischen Ländern ist sie sogar noch höher. Zur Erinnerung: Für den Generationenerhalt wären 2,1 Kinder pro Frau nötig.

Die Mehrheit der Frauen und Männer wünscht sich unabhängig ihres Bildungsniveaus zwei Kinder. Die Frauen haben allerdings weniger Kinder als es ihrem Kinderwunsch in der Jugend entsprechen würde und sind bei der Geburt ihres ersten Kindes auch älter als früher. Das Durchschnittsalter liegt bei 30 Jahren. Auch bleiben bedeutend mehr Frauen mit einer Tertiärausbildung (30 %) kinderlos. Sie erwähnen oft, dass ein Kind ihnen Karriere Nachteile einbringen würde. Aus dem Bericht geht hervor, dass die Entscheidung für ein Kind von mehreren Faktoren beeinflusst wird. An erster Stelle steht dabei die Qualität der Beziehung. Ebenfalls eine wichtige Rolle spielen die Aufteilung der Kinderbetreuung und die Kinderbetreuungsmöglichkeiten.

Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit

Beim häufigsten Paarmodell mit Kindern ist der Mann vollzeit- und die Frau teilzeiterwerbstätig. Bei den Frauen entscheiden das Alter des Kindes und die Situation der Familie über den Beschäftigungsgrad. Es zeichnet sich die Tendenz ab, dass eine Frau mit Tertiärausbildung nach der Geburt des ersten Kindes leichter wieder in Teilzeitarbeit zurück ins Erwerbsleben findet. Bei den meisten Paarhaushalten ohne Kinder sind beide Partner vollzeiterwerbstätig.

Yvon Csonka erinnert auch daran, dass die Haushaltsaufgaben, wenn ein Paar ein Kind hat, hauptsächlich der Frau zufallen. So bleibt beispielsweise in 80 % der Fälle, in denen ein Kind krank ist, die Frau zuhause beim Kind. Der Mann ist eher traditionell eingestellt, auch wenn sich die Aufgabenteilung mit den jüngeren Elterngenerationen langsam zu verändern scheint. Das Modell, in dem beide Elternteile teilzeiterwerbstätig sind, wird oft als ideal bezeichnet, trifft aber nur bei 9 % der Paare mit Kindern zu.

Letztlich lässt sich sagen, dass die Väter mehr Zeit für die Erwerbstätigkeit und die Frauen mehr Zeit für die Haus- und Familienarbeit aufwenden. Mit einem null- bis dreijährigen Kind leistet eine Frau für diese Arbeit zuhause eine rund 70-Stunden-Woche. Parallel dazu leisten auch eher Frauen ab 50 Care-Arbeit, vor allem, wenn sie nicht erwerbstätig sind oder in Teilzeit arbeiten. Die Stereotypen scheinen sich also hartnäckig zu halten, unterstreicht Yvon Csonka.

Familienergänzende Kinderbetreuung

Im Bericht wird darauf hingewiesen, dass die Schweiz im internationalen Vergleich Spitzenreiterin in Sachen Inanspruchnahme von familienergänzender Kinderbetreuung ist. Sechs von zehn Schweizer Haushalten mit unter 13-jährigen Kindern nehmen solche Dienstleistungen in Anspruch. Alleinstehende Mütter greifen stärker darauf zurück.

Der Kanton Wallis liegt im Schweizer Durchschnitt: In 56 % der Haushalte wird diese Form der Kinderbetreuung bevorzugt. Yvon Csonka weist darauf hin, dass erwerbstätige Mütter die Kinderbetreuung Angehörigen oder den Grosseltern anvertrauen, wenn es keine anderen Betreuungsmöglichkeiten gibt. Unter dreijährige Kinder werden im europäischen Durchschnitt 30 oder mehr Stunden pro Woche nicht institutionell, das heisst von Privatpersonen, betreut.

In den Städten ist die familienergänzende Kinderbetreuung eher auf den institutionellen Bereich ausgerichtet, in den ländlichen Regionen eher auf die Betreuung durch Privatpersonen. Im Wallis macht die Kinderbetreuung durch Privatpersonen rund 36 % aus.

Finanzielle Situation und Armut

Im Statistischen Bericht 2017 wird aufgezeigt, dass die Einelternfamilien es meist schwerer haben als andere, finanziell über die Runden zu kommen. Yvon Csonka ist allerdings der Ansicht, dass es sich hierbei oftmals um eine subjektive Wahrnehmung handle. Er erinnert daran, dass diese Haushalte auch eher von Armut betroffen seien als Paare mit oder ohne Kinder. Das Bildungsniveau der Partner beeinflusst das Armutsrisiko eines Haushalts ebenfalls.

Schliesslich wird klar ersichtlich, dass die Sozialleistungen dazu beitragen, die Armutsquote in der Bevölkerung um mehr als die Hälfte zu senken. Sie tragen vor allem zur Verbesserung der finanziellen Situation der Haushalte mit Kindern bei.

Auf eine Frage aus dem Publikum präzisiert Yvon Csonka, dass die Sozialleistungen Folgendes umfassen: Arbeitslosenentschädigung, Taggeld, IV-Renten, Ausbildungsdarlehen und Stipendien, Familienzulagen, Wohnbeihilfen sowie Vorschüsse auf Unterhaltsbeiträge und Verbilligung der Krankenkassenprämien.

2. Familienberichte, Familienleitbilder und Familienkonzepte der Kantone

Heidi Stutz des Büros für Arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) hat die Familienberichterstattung der Kantone vorgestellt. «Familienberichte, Familienleitbilder und Familienkonzepte der Kantone» ist ein Forschungsbericht, der im Auftrag des Bundesamtes für Sozialversicherungen erstellt wurde. Heidi Stutz hat aufgezeigt, wie und zu welchen Themen die Kantone ihre Familienberichte erstellt haben und welche Massnahmen ergriffen oder geplant wurden, um dem Bedarf der Familienpolitik zu entsprechen. In ihrem Vortrag hat sie die Folgen und Auswirkungen dieser Berichte auf die Familienpolitik beleuchtet.

Einleitend präzisiert Heidi Stutz, dass sich die Analyse auf die Familienberichte von 21 Kantonen und nicht auf die kantonale Familienpolitik bezogen habe. Sie stellt fest, dass zwischen den Berichten eine grosse Heterogenität bestehe. Die Kantone Bern und Tessin beispielsweise haben kontinuierlich ausführliche Berichte erstellt, gefolgt von Massnahmen und Ergebnissen. Andere Kantone wie Genf oder Neuenburg haben Berichte verfasst, die nur einen spezifischen Themenbereich betreffen. In mehreren Kantonen wie im Wallis oder in Zürich gibt es bislang noch keinen Familienbericht.

Heidi Stutz präzisiert, dass die bestehenden Berichte auf Anstoss der Kantonsregierungen und der Parlamente erstellt worden seien. In den meisten Kantonen wurden die Berichte von externen Beauftragten verfasst und danach von der Regierung verabschiedet. In allen analysierten Dokumenten liess sich eine relativ einheitliche Definition von Familie und Familienpolitik feststellen.

Situation der Familien

Familienarmut ist das häufigste Thema, das in diesen Berichten behandelt wird. Am stärksten betroffen sind Einelternfamilien und Migrationsfamilien. Die Zahlen zum verfügbaren Haushaltseinkommen abzüglich der Lebenshaltungskosten zeigen, dass diese Familien einen tieferen Lebensstandard haben als Haushalte ohne Kinder. Die Kantone stellen fest, dass die Unterhaltsbeiträge nicht mehr ausreichen, um das Existenzminimum zu sichern. Die steigenden Lebenshaltungskosten (Miete, Krankenversicherung) und die Verschuldung der Familien werden ebenfalls als Erklärung für die Armut vorgebracht.

Die Kantone sind sich dessen bewusst, dass der demografische Wandel neue Realitäten und Herausforderungen mit sich bringt. Sie interessieren sich daher vermehrt für das Potenzial der generationsübergreifenden Beziehungen, sei es in Bezug auf die Kinderbetreuung oder die Betreuung im Alter. Auch das Thema Scheidung wird in den kantonalen Familienberichten häufig thematisiert. Heidi Stutz weist allerdings darauf hin, dass die Situation von Kindern getrennt lebender Eltern nur teilweise angegangen wird. Die Kantone haben sich auch nur in geringem Masse mit den Fragen um die Erwerbssituation und die Arbeitsteilung von Eltern auseinandergesetzt, während der Bund den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften zu bekämpfen sucht.

Rahmenbedingungen

Die kantonalen Berichte zeigen, dass die Situation der oben beschriebenen Familien von den Rahmenbedingungen und den vorhandenen Massnahmen im Kanton abhängt. Die Themen Wohnen und Wohnumgebung wurden häufig nicht vertieft, da die Hauptakteure in diesem Bereich die Gemeinden sind. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, welche die Einkommensmöglichkeiten bestimmt, ist immer ein zentrales Thema. Die Kantone sind sich einig: Das familienergänzende Betreuungsangebot muss ausgebaut werden. Ausserdem werden die Unternehmen dazu aufgefordert, familienfreundliche Arbeitsbedingungen zu schaffen. Die Hälfte der

Kantone hat sich ausserdem mit der Frage um die Einführung eines Vaterschafts- oder Elternurlaubs auseinandergesetzt.

Die Kantone spielen eine Schlüsselrolle bei der finanziellen Unterstützung der Familien. Im Allgemeinen wollen sie ihr Familienzulagensystem nicht ändern und ziehen eine Erleichterung der Familienbesteuerung vor. Dabei geht es um die Abzüge für «Doppelverdiener» und um Abzüge für Kinderbetreuungskosten. Ebenfalls diskutiert wird die Steuerbefreiung eines Existenzminimums.

In Bezug auf die Bedarfsleistungen wird in allen kantonalen Berichten die Verbilligung der Krankenkassenprämien, namentlich für die Kinder, erwähnt. Viele Kantone erhoffen sich für die Kinderbetreuungstarife eine Harmonisierung. Das Ziel besteht in der Reduzierung negativer Erwerbsanreize. In 13 Kantonen wurde ausserdem die Einführung von Familien-Ergänzungsleistungen diskutiert.

Heidi Stutz erinnert an die Wichtigkeit von Information und Beratung, wofür die Kantone zuständig sind. Die Information muss besser zugänglich und verstärkt auf Migrantenfamilien und sozial benachteiligte Familien ausgerichtet sein. Es sind Besuche zuhause sowie eine Vernetzung des Angebots vorgesehen. Der Weg zum gewünschten Ziel dürfte über eine bessere Koordination zwischen den verschiedenen Stellen führen. In Bezug auf die Integration wird der Fokus häufig auf Kinder und Chancengerechtigkeit gesetzt, selten auf die Nachholbildung der Eltern.

Handlungsbedarf

Alle oder fast alle Kantone haben einen Handlungsbedarf im Bereich Vereinbarkeit von Beruf und Familie identifiziert. Die familienergänzende Kinderbetreuung ist auszubauen. Ein weiterer Bedarf besteht in einer finanziellen Entlastung der Familien und in der Aufhebung negativer Erwerbsanreize. Zu den angestrebten Verbesserungen gehören auch der Zugang zu Information und Beratung. Schliesslich finden es die Kantone nötig, die Themen Integration und Chancengerechtigkeit zu überdenken. In einigen Kantonen werden strukturelle Faktoren zum Aufbau von Mechanismen zur Steuerung und Koordination einer kantonalen Familienpolitik gefordert.

Ziele und Strategien

Die Kantone formulieren die Ziele ihrer Familienpolitik oftmals nur vage. Die Strategien gehen auseinander, die prioritäre Handlungsachse bleibt aber die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Der Zugang zu Information und Beratung sowie die Chancengerechtigkeit und Bildung stehen ebenfalls auf der Prioritätenliste. Ein weiteres in allen Berichten wiederkehrendes Element ist die Professionalisierung der Strukturen.

Massnahmen

Alle Kantone, in denen ein Familienbericht erstellt wurde, haben vor allem Massnahmen ergriffen, wenn diese Berichte auf längere Kontinuität ausgelegt waren. Es besteht allerdings kein linearer Zusammenhang zwischen der familienpolitischen Tätigkeit und den Massnahmen, die oft heterogen sind. Sie entsprechen nichtsdestotrotz den vorgängig definierten Bedürfnissen und Zielen, wobei die Liste erneut von der Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie angeführt wird. Aus den Berichten geht hervor, dass ihre Umsetzung allerdings an fehlenden Finanzen oder mangelndem politischen Willen gescheitert ist. Manchmal fehlt es auch an der Einbindung entscheidender Akteure wie der Gemeinden sowie an Umsetzungsstrukturen. Heidi Stutz erinnert allerdings daran, dass kohärente gesetzliche Grundlagen, eine Unterstützung seitens der Regierung und eine koordinierte Zusammenarbeit förderliche Faktoren für die Umsetzung der Massnahmen seien.

Bei einem Vergleich der Prioritäten der Kantone und des Bundes lässt sich eine Komplementarität, gleichzeitig aber auch eine gewisse Divergenz beobachten. Die Ergänzungsleistungen beispielsweise wurden auf Bundesebene als nicht umsetzbar beurteilt und die Diskussionen um die Aufhebung negativer Erwerbsanreize sind noch nicht abgeschlossen². Zur Erinnerung: Die Unterstützung der Familien liegt in der Zuständigkeit der Kantone, während der Bund für das Familienrecht zuständig ist. Diskutierte Kompetenzverschiebungen führen also zu Blockade-Tendenzen. Genau das ist bei den Ergänzungsleistungen der Fall.

Schlussfolgerung

Die Berichte der Kantone sind ein wichtiges Instrument. Sie haben ermöglicht, den Stand der Dinge in Bezug auf die Diskussionen rund um die familienpolitischen Fragen und die Formulierung gezielter Massnahmen zu eruieren. Allerdings ersetzen sie den politischen Entscheidungsprozess nicht. Eine weitere Feststellung ist, dass sich die thematischen Prioritäten auf nicht-finanzielle Dimensionen wie den Zugang zu Information und Beratung für Familien beziehen. Abschliessend unterstreicht Heidi Stutz, dass es zur Schaffung einer Familienpolitik einen gesetzlichen Rahmen braucht. Auf Walliser Ebene wird die Unterstützung der Familie nur in Artikel 13bis der Kantonsverfassung erwähnt.

Fragen aus dem Publikum

Heidi Stutz beantwortet eine Frage zur Feststellung, dass es im Wallis keinen Familienbericht gebe. Sie erklärt, dass es sektorale Berichte wie zu Einelternfamilien, verfügbarem Einkommen oder verstärkter Familienpolitik in den Schulen geben würde. Das kantonale Jugendobservatorium spiele ebenfalls eine wichtige Rolle. Sie erwähnt auch einen Bericht, der 2011/2012 zur Gesundheit der Migrantinnen und Migranten, namentlich der 0- bis 6-jährigen Kinder, erstellt wurde.

3. Bedarf der Familien und Entwicklung der Familienpolitik

Philippe Gnaegi, Geschäftsführer von Pro Familia Schweiz, hat die wichtigsten Änderungen im Bereich der Familienpolitik, die aktuellen Erwartungen, aber auch die künftigen Herausforderungen vorgestellt. Einleitend merkt er an, dass offenbar vor allem Frauen an der Tagung teilnehmen würden – ein erneuter Beweis für die langsame Veränderung der Stereotypen.

Änderndes Verhalten

Philippe Gnaegi hält fest, dass sich der Familienbegriff nicht mehr im Zusammenhang mit Ehe und biologischen Kindern definieren lasse und dass es nunmehr verschiedene Familienformen gebe. Das führt zu einer generationsübergreifenden Politik. Die Schweizer Bevölkerung hat 2013 mit einem Mehr der Kantone einen Verfassungsartikel zur Familie abgelehnt. Das zeigt, dass es keine eidgenössische Familienpolitik gibt und dass die Arbeit auf kantonaler Ebene gemacht wird. Wie schon zuvor Heidi Stutz weist auch Philippe Gnaegi darauf hin, wie wichtig es sei den Bedarf zu ermitteln. Wie aus einer Studie des Bundesamtes für Statistik von 2014 zu den Kinderkosten hervorging, sind Kinder teuer. Es ist wichtig, diese Kosten in ihrer Gesamtheit zu analysieren, wobei die direkten Kosten ebenso wie die indirekten berücksichtigt werden.

Zum Thema Familienarmut erinnert Philippe Gnaegi daran, dass eher Einelternfamilien davon betroffen seien. Er betont die Wichtigkeit einer Anerkennung der Arbeit betreuender Angehöriger. Er

² Gemäss dem Entwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer, den der Bundesrat am 21. März 2018 an das Parlament überwiesen hat, sollen Ehepaare gegenüber Konkubinatspaaren nicht mehr steuerlich benachteiligt werden (Aufhebung der Heiratsstrafe).

ruft zu den nötigen Gesetzesreformen auf, namentlich (nicht spezifisch im Wallis) zur Frage um die Krankenkassenprämien. Philippe Gnaegi stellt beim Bedarf «Vereinbarkeit von Beruf und Familie» ein neues Phänomen fest. Heutzutage wünschen sich die Frauen mehr Zeit für die Familie, sie wollen sich aber auch beruflich stärker entfalten.

Erwartungen der Gesellschaft an die Familien

Die Gesellschaft erwartet von den Familien, dass sie die Kinder erziehen und sozialisieren. Parallel dazu bewegt die Gesellschaft die Frauen dazu, sich im Erwerbsleben zu engagieren. Hierzu müssen allerdings Überlegungen zur Einführung entsprechender Massnahmen in den Unternehmen angestellt werden. Die Erneuerung der Gesellschaft wird auch zu einem Problem, dessen Lösung nicht allein auf dem Thema Migration beruhen kann. Die Tendenz der Familienpolitik besteht auch im Ausbau der Kinderrechte.

Herausforderungen der Familienpolitik

Laut Philippe Gnaegi besteht die erste Herausforderung darin zu erkennen, dass es mehrere Familienpolitiken gibt, die sich widersprechen können. Das lässt sich durch fehlende Strukturen und Rahmenbedingungen erklären.

Ausserdem gibt es andere Formen der Partnerschaft, auch wenn das Familienmodell «Paar mit Kindern» das am häufigsten verbreitete bleibt. Es gilt also, den Sinn und Zweck der Familie zu überdenken und zu erweitern. Hierbei spielen Bildung und Arbeitsorganisation eine zentrale Rolle. Philippe Gnaegi stellt die Frage um den Einfluss der Digitalisierung auf die Familie. Die Eltern-Kind-Beziehung wird dadurch nämlich verändert; sie ist nicht mehr eindimensional und führt nicht mehr nur vom Elternteil zum Kind. Mit den heutigen sozialen Medien ist diese Beziehung mehrdimensional geworden und man muss daran denken, die Eltern in Sachen Technik auf den neuesten Stand zu bringen.

Philippe Gnaegi bedauert, dass der Staat die Bedeutung der Familie nicht anerkenne. Er prangert einen mangelnden politischen Willen zur Förderung der Familienpolitik an. Zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sollten keine Zwänge auferlegt, sondern die freie Wahl des Modells gelassen werden. Dies kann konkret die Form eines Vaterschaftsurlaubs oder eines familienergänzenden Kinderbetreuungsangebots annehmen. Die Pro Familia führt gegenwärtig mit den Universitäten Freiburg und Bern eine Studie zu den Tarifen der Kindertagesstätten durch. Dabei lässt sich feststellen, dass die progressiven Tarife und die steuerliche Benachteiligung einen negativen Erwerbsanreiz schaffen.

Die vom Bundesrat gewährten Beiträge in Höhe von 100 Millionen Franken werden 2019 ablaufen und es ist nicht sicher, ob diese Hilfe an die Betreuungsstrukturen verlängert werden wird³. Es ist also ein Umdenken gefragt, vor allem seitens der Unternehmen in Bezug auf die Arbeitsbedingungen. In anderen Ländern lässt sich bereits ein solcher Wandel feststellen. Philippe Gnaegi fragt sich, weshalb das Angebot nicht besser ausgebaut sei. Vielleicht gebe es zu viele Vorurteile oder persönlichen Widerstand, sinniert er. Ausserdem merkt er an, dass die sehr hohe Teilzeiterwerbstätigkeit bei den Frauen ein hartnäckiger Stereotyp sei.

Bildung und Gesetzesänderung

³ Der Bund unterstützt Kantone und Gemeinden, die sich für eine Senkung der den Eltern fakturierten Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung einsetzen, gemäss Entscheid vom 25. April 2018 mit einem Betrag von 100 Millionen Franken.

Philippe Gnaegi erinnert daran, dass die Information und Bildung der Grosseltern in Anbetracht der sozialen Netzwerke eine grosse Herausforderung sei. Andernfalls warnt er vor einem Ausschluss der Seniorinnen und Senioren gegenüber ihren Grosskindern.

Schliesslich erinnert an die Wichtigkeit des Familien- und des Erbrechts mit den angestrebten Änderungen der Bestimmungen zur verfügbaren Quote und zum Pflichtteil. Für ihn handelt es sich um eine beachtliche Herausforderung, da das Recht an die gesellschaftlichen Veränderungen angepasst werden muss, damit die Nachkommenschaft nicht automatisch bevorteilt wird. Im Zusammenhang mit dieser Überlegung ist beim Bundesrat ein Entwurf in Ausarbeitung.

4. Familien und Armutsrisiko

Auf diese Frage wurde von Prof. François Höpflinger der Universität Zürich eingegangen. Einleitend präzisiert er, dass er sich nicht auf den technischen Definitionen des Armutsbegriffes verweilen wolle und unterstreicht, dass es in statistischer Hinsicht grosse regionale Unterschiede gebe. Trotzdem erinnert er an die drei Formen von Armut: subjektive, relative und absolute Armut. Ausserdem äussert er sich kritisch gegenüber der Analyse von Zahlen, da daraus nicht immer stichhaltige Schlussfolgerungen gezogen werden können. Wichtig ist, sich Fragen zum Ergebnis zu stellen. Eine frappierende Feststellung in der Schweiz ist die verdeckte Armut, die auch von Fachleuten oftmals schwer zu erkennen ist. Viele Menschen schlüpfen also durch die Maschen des Netzes der Statistik.

Armut und Familie

Früher gab es im Wallis viele kinderreiche Familien, die weniger von Armut betroffen waren, da sie ein gewinnbringendes Familienunternehmen hatten. Die Zahl der kinderreichen Familien stagniert heutzutage allerdings in den Statistiken. Die Kinderzahl hat einen kausalen Zusammenhang zu Armut.

Einelternfamilien sind von Armut immer noch am stärksten betroffen und immer öfter haben auch Paare mit einem Kind Schwierigkeiten, finanziell über die Runden zu kommen, was hauptsächlich auf zwei Gründe zurückzuführen ist: Wohnkosten und Krankenkassenprämien. Im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn haben die Schweizer Familien trotzdem noch immer ein relativ gutes verfügbares Einkommen.

Gründe für Armut

Prof. Höpflinger hinterfragt die Gründe für Armut: Ist es die Gesellschaft, die Armut herbeiführt, oder sind es die Familien selbst, die sich in eine solche Situation bringen? Wahrscheinlich beides, findet er. Studien zeigen ausserdem, dass die Armutsschwelle sehr rasch erreicht werden kann, wenn es zu unvorhergesehenen Ausgaben wie einer Zahnarztrechnung oder Auslagen im Zusammenhang mit einem Unfall kommt. Die Indikatoren weisen darauf hin, dass sich die Familien damit schwer tun, eine unerwartete Ausgabe über 2'000 Franken zu tätigen. Ein bereits recht hoher Wert.

Scheidung und Armut

Prof. Höpflinger erinnert an die Schweizer Scheidungsrate von nahezu 50 %. Nicht selten ist die Scheidung ein Grund dafür, dass eine Familie in die Armut stürzt. Das Paar lässt sich scheiden – das Ergebnis sind zwei Einelternfamilien, Familien ohne Kind oder Patchworkfamilien. Die Solidarität der Grosseltern spielt bei der Unterstützung dieser Familien eine grosse Rolle. Aus den Analysen geht hervor, dass Frauen mit einer Tertiärausbildung die Qualität eines Partners bevorzugen und ganz allgemein besser zurechtkommen. Für die Zukunft kann man sich also eine Verbesserung der

Statistiken für die Familienpolitik erhoffen. Prof. Höpflinger merkt allerdings an, dass jede Gruppe, die eine Statistik herausgibt, eine andere Statistik verfälschen könne. Diese Daten sind also zu relativieren.

Immer häufiger werden die 10- bis 12-jährigen Kinder geschiedener Paare Opfer von Armut. Hierbei handelt es sich um ein sozialpolitisches Thema, da Armut viele Gesichter hat. Heutzutage wird es immer seltener, dass eine Familie mit nur einem Lohn über die Runden kommt. Die Solidarität der Grosseltern ist ausschlaggebend, um die Folgen dieser Armut abzdämpfen; bei Migrantenfamilien spielt oftmals auch das Bildungsniveau eine wesentliche Rolle. Das Steuersystem schliesslich kann eine positive oder negative Rolle bei der Unterstützung der Familien spielen, beispielsweise im Falle von Schenkungen.

Relative Armut

Der Grundgedanke besteht darin, dass eine Familie sehr rasch in die Armut abgleiten kann. Die Folgen können verheerend sein. Der Anteil betroffener Familien ist sehr gross. Dabei kann es sich um eine Familie mit einem Kind oder zwei Kindern handeln, die in eine soziale Notlage gerät. Alle Studien sind sich einig: Kinder sind teuer. Allerdings handelt es sich um eine Wahl der Gesellschaft: Kinder bekommen oder sich ein Luxusgut leisten.

Häufig ist vom Platzmangel in der Wohnung armutsbetroffener Familien die Rede. Die Schweizer Familienpolitik ist subventionierten Wohnungen, die zu einer Verringerung der Wohnkosten beitragen, eher günstig gesinnt. Neue Solidaritätsmodelle werden auch durch Gegenleistungen geschaffen, was gut funktioniert.

Ein weiterer Analysepunkt ist die Bedeutung des Spielens im Freien für Kinder. Es geht hervor, dass der Wohnort das Nach-draussen-gehen der Kinder beeinflusst und dass in diesem Punkt viele benachteiligt sind, insbesondere in Einelternfamilien. Immer mehr Kinder gehen zum Spielen nicht nach draussen und verbringen auch keine Zeit mit dem Spielen mit ihren Eltern, was Auswirkungen auf die Familie und die Kindesentwicklung hat.

Materielle Entbehrungen

Zahlen aus dem Jahr 2014 zeigen, dass materielle Entbehrungen in erster Linie die Möglichkeit betreffen, sich neue Möbel anzuschaffen, kostenpflichtige Freizeitbeschäftigungen auszuüben sowie Ferien ausserhalb des Wohnortes zu verbringen. Prof. Höpflinger unterstreicht die Problematik der Migrantenfamilien, deren Kinder zuhause oftmals keinen Ort oder Platz für Hausaufgaben oder zum Lernen haben. Allzu oft sind die Lehrpersonen darüber gar nicht auf dem Laufenden.

Soziales Existenzminimum

Prof. Höpflinger stellt die Frage: Wofür genau steht dieser Begriff? Gehören ein Fernseher oder ein Auto zu diesem Minimum? Den Definitionen zufolge sind Personen von einem sozialen Existenzminimum betroffen, die sich aufgrund ihrer geringen finanziellen Mittel gesellschaftlich nicht integrieren können, was auch zu einer sozialen Isolation führt. Prof. Höpflinger weist darauf hin, dass es immer mehr Menschen gibt, die sich in einem Zwischenbereich befinden und dass die Heirat kein fördernder Faktor ist, sondern dass in der Schweiz sogar eine Heiratsstrafe existiert. Die Sozialleistungen spielen also eine sehr wichtige Rolle, da sie zu einer deutlichen Senkung der Familienarmut beitragen. Als Beispiel wird der Kanton Tessin angeführt, vor allem in Bezug auf die Kinderfrage. Prof. Höpflinger bedauert, dass es keine nationalen Daten dazu gibt, wie lange eine Familie von Armut betroffen ist. Abschliessend weist er darauf hin, dass es in der Schweiz keine Armut mehr gibt, die von Generation zu Generation weitergegeben wird, was vor allem dem guten Bildungssystem zu verdanken ist.

Schlussfolgerung

Prof. François Höpflinger findet, dass die Politik noch immer hinten nach hinke, und dass Innovationen im Wesentlichen aus der Zivilgesellschaft kommen würden. Vereine oder Verbände, die ein echtes Potenzial zur Veränderung der Dinge haben, bringen zahlreiche Möglichkeiten zur Eindämmung der Armut vor. Man muss etwas wagen und ausprobieren und auf diesem Terrain voranschreiten. Ausserdem sind zahlreiche Stiftungen oder besser situierte Personen bereit und willens, sich für Projekte zu engagieren. Diese Gelegenheiten muss man beim Schopf packen. Auch für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie braucht es innovative Lösungen.

5. Familienpolitik und Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Sabina Gani, Dr. der Sozialwissenschaften, Verfasserin einer These zur Politik zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der EU, geht von den beschriebenen Fakten aus, um Überlegungsansätze zur Schaffung einer Familienpolitik zu liefern. Sie weist auf den Rückstand und das Paradox der Schweiz hin und stellt das Modell Schwedens vor.

Definition der Vereinbarkeitspolitik

Sabina Gani spricht davon, dass mit den verschiedenen Ansätzen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine Reihe Massnahmen vorgeschlagen werden, die inkohärent sein können. Sie nimmt Italien als Beispiel, wo die Vereinbarkeit nur wenig ausgebildet ist, es aber eine vorteilhafte Paarbesterung gibt. In Frankreich herrscht genau das Gegenteil vor. Sabina Gani findet, dass uns die Politik eine gewisse Verhaltensweise vorschreiben würde und dass sie auf ein bestimmtes Familienmodell ausgerichtet sei, die Vielfältigkeit dabei aber ausser Acht lassen würde. Sie geht von folgender Definition von Vereinbarkeitspolitik aus: «Ein grosses Ganzes, das implizit oder explizit den Platz von Männern und Frauen im häuslichen und im beruflichen Bereich regelt.»

Schweizer Paradox

In unserem Land wird wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ganz gross geschrieben. Im europäischen Vergleich hat die Schweiz eine tiefe Arbeitslosenquote und einen hohen Beschäftigungsgrad. Allerdings gibt es eine versteckte Seite: Frauen, die auf dem Arbeitsmarkt sehr aktiv sind, aber eine der höchsten Teilzeitarbeitsquoten Europas aufweisen. Das hat bedeutende Auswirkungen auf die Karriereverlangsamung der Frauen und eine schwache Frauenvertretung in Direktionen oder Verwaltungsräten zur Folge. Sabina Gani prangert auch den mangelnden Zugang zu Weiterbildung an, die darüber hinaus meist von den Frauen selbst berappt werden muss. Die Einelternfamilien sind wieder einmal am stärksten betroffen. Die Armutsrate bei den Frauen nimmt im Vergleich zu jener der Männer stärker zu, was letzten Endes mit der Gefahr des Ausschlusses einhergeht. Das hat aber auch allgemeine Auswirkungen auf die Gesellschaft, mit der Gefahr eines Mangels an qualifizierten Arbeitskräften. Man kann von einer Ressourcenverschwendung sprechen, da die Bildung 75 Milliarden Franken kostet, die Kompetenzen der Frauen aber weitgehend ungenutzt bleiben. Die Kosten rühren Sabina Gani zufolge von der zu geringen Anstellungsquote der Frauen her, was auf mangelnde Möglichkeiten zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie zurückzuführen sei.

Weg aus der Sackgasse

Der Weg aus der Sackgasse führt über die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. In der Schweiz gibt es eine Interaktion zwischen dem Steuersystem und den Leistungen im Zusammenhang mit den Schwellen der Kindertagesstätten, wodurch das Zweiteinkommen ab einem gewissen Satz

benachteiligt wird. Die Partner mit einem mittleren Einkommen haben also kein Interesse daran, beide in Vollzeit zu arbeiten. Sabina Gani erinnert auch daran, dass die Familie 41 % ihres Einkommens zur Deckung der Kinderkosten aufwendet, gegenüber 18 % in den OECD-Mitgliedstaaten. Die Schweiz ist eines der letzten europäischen Länder, das 2005 einen Mutterschaftsurlaub eingeführt hat. Ausserdem gibt es in der Schweiz nur wenige Möglichkeiten zur familienergänzenden Kinderbetreuung. Der Vaterschaftsurlaub ist für den Bundesrat keine Priorität, wie unlängst aus dessen Ablehnung einer Initiative für die Einführung eines Vaterschaftsurlaubs hervorging⁴.

Schweizer Rückstand verstehen

Weshalb entwickelt die Schweiz keine intensivere Vereinbarkeitspolitik? Sabina Gani führt kulturelle und historische Faktoren ins Feld. Der Einfluss der konservativen Parteien und die Idee «der Mann verdient die Brötchen» haben zu einer Familienpolitik geführt, die rund um den Schutz der Familie aufgebaut ist. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird als Bedrohung für die Stabilität der Familie gesehen. Der Föderalismus, das Gewicht der direkten Demokratie und die regionalen Unterschiede sind allesamt Faktoren, die zusammen mit einer mangelnden Koordination die Entwicklung einer intensiveren Familienpolitik hemmen.

Die Studien zeigen, dass es auch in diesem Bereich einen Röstigraben gibt. Das deutlichste Beispiel dafür ist die Ablehnung des Verfassungsartikels über die Familie am 3. März 2013.

Modell Schwedens

In der Schweiz ist das Modell des vollzeiterwerbstätigen Mannes und teilzeiterwerbstätigen Frau kulturell bedingt. Die Hauptrolle der Frau bleibt die Haus- und Familienarbeit. Sabina Gani erklärt, dass in Schweden ab den 1970er-Jahren eine Reihe Massnahmen zur Förderung eines neuen Familienmodells mit einem Doppelseinkommen eingeführt worden seien. Das Land hat eine Elternversicherung und mehr Plätze in Kindertagesstätten geschaffen. Eine weitere Besonderheit ist, dass Beamte den Frauen die Herausforderungen der Erwerbstätigkeit erklärt haben. Ausserdem wurde im Sinne der Gleichstellung eine neue Aufgabenteilung innerhalb der Familie aufgewertet. Sabina Gani bedauert es, dass die Schweiz diesen letzten Aspekt quasi unbeachtet lässt und sich allein auf die Förderung einer Politik der Schaffung von Arbeitsanreizen und der Erleichterung der Betreuungskosten beschränkt.

Schlussfolgerung

Die Effizienz einer Familienpolitik hängt von einem transversalen Ansatz ab. Man muss das grosse Ganze sehen und negative Erwerbsanreize ausmerzen. Der politische Diskurs sollte transparenter und gerechter sein und sich nicht allein auf Frauen-fokussierte Aktionen beschränken. Weshalb nicht auch in der Schweiz einen Vaterschaftsurlaub einführen?

Fragen aus dem Publikum

Zu den Kosten und Investitionen der Schwedischen Politik, namentlich in Bezug auf die Steuerbelastung für die Steuerpflichtigen, präzisiert Sabina Gani, dass dies ganz vom gewählten Modell abhängen würde – ob man sich nun für ein Solidaritätsmodell oder für Individualismus, bei dem die Kinderkosten im Wesentlichen von den Familien getragen werden, entscheidet. Sie spricht von der Familienversicherung in Schweden, die darin besteht, die Versicherung der Männer auf die Frauen, die für die Kinderbetreuung zuhause bleiben, zu erweitern. Die hohen Anstellungsraten und

⁴ Initiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub - zum Nutzen der ganzen Familie», die einen 20-tägigen Vaterschaftsurlaub vorsieht, der während des Jahres nach der Geburt des Kindes flexibel genommen werden kann.

Geburtenziffern sind für Sabina Gani ein Beweis dafür, dass dieses Modell, bei dem Frau und Mann gleichgestellt sind, von Erfolg gekrönt ist.

In Bezug auf die Situationen, in denen sich die Mutter voll und ganz der Kinderbetreuung widmet und nicht arbeitet, weil das Kind noch klein ist, empfiehlt Sabina Gani sich den wahren Herausforderungen der Vereinbarkeit zu stellen und die Rollenverteilung zuhause zu überdenken.

Zur demografischen Herausforderung und zur sinkenden Geburtenziffer fordert Sabina Gani dazu auf, die Unterstützung der Migration zu relativieren und Lösungen für ein Land zu finden, das sich nach der Abstimmung über die Masseneinwanderung vom 9. Februar 2014 verschliesst. Ausserdem sollte die Care-Arbeit ausgebaut werden, da die Frauen nicht überall gleichzeitig sein können.

Abschliessend merkt jemand aus dem Publikum an, dass sich die Unternehmen stärker bemühen sollten, und stellt die Frage, ob der Kampf für die Lohngleichheit nicht ein Mittel sei, die Frauen zum Arbeiten zu bewegen. Sabina Gani unterstützt diesen Kampf, erinnert aber an die Wichtigkeit, die Norm des vollzeiterwerbstätigen Mannes zu ändern. Das ist eine enorme kulturelle Herausforderung.

6. Familienpolitik im Wallis

Nicole Langenegger Roux, Direktorin der Hochschule für Soziale Arbeit, HES-SO Valais-Wallis, hat die wichtigsten Berichte und Massnahmen, die im Wallis in Sachen Familienpolitik erstellt und ergriffen wurden, aufgezeigt. Sie hat die Zielsetzungen dieser Politik präzisiert, insbesondere was die Vereinbarkeit von Beruf und Familie anbelangt, und sich die Frage um die Kohärenz der durchgeführten Aktionen und den Ausblick für das Wallis gestellt.

Rückblick

Nicole Langenegger Roux erinnert daran, dass der 2003 angenommene Artikel 13bis der Kantonsverfassung der Verankerungspunkt der Familienpolitik sei. Der Staat muss der Familie als Basisgemeinschaft der Gesellschaft den Schutz und die Unterstützung gewähren, die jedes ihrer Mitglieder für seine Entfaltung benötigt. Dieser Artikel hat den Grundstein für die Übernahme der Koordination der Familienpolitik durch das Gleichstellungsbüro, das heutige Kantonale Amt für Gleichstellung und Familie (KAGF), gelegt.

Wichtigste Dokumente

Das KAGF hat verschiedene Berichte und Studien in Auftrag gegeben, die sich unter anderem mit folgenden Themen befassen:

- Einelternfamilien
- Erfassung der Handlungsmöglichkeiten der verschiedenen kantonalen Dienststellen
- Auswirkungen der Besteuerung auf die Berufstätigkeit der Frauen
- Verfügbares Einkommen der Familien im Wallis
- Fragebogen an die Walliser Familien / Bedarfsanalyse

- «Entwicklung der Familienstrukturen und Verarmung der Familien» des kantonalen Jugendobservatoriums im Rahmen eines umfassenderen Berichts [*nur auf Französisch erhältlich, Anm. d. Übers.*]
- Stärken und Schwächen des Kantons Wallis in Zahlen
- Mehrjahresplanung (Zielsetzungen im Bereich Familienpolitik)

Empfehlungen und Konsens

In einem Bericht des KAGF von 2009 wurden von den Dienstchefs verschiedene Bereiche analysiert und Empfehlungen abgegeben. Es wurden neue Studien zur Reglementierung der Gewährung von Stipendien und Ausbildungsdarlehen durchgeführt. Ausserdem wurde eine Arbeitsgruppe zum Thema Ergänzungsleistungen gebildet. Allerdings lässt sich feststellen, dass diese Empfehlungen zwar zu sektoralen Massnahmen geführt, jedoch nicht ausgereicht haben, um eine kohärente Familienpolitik zu schaffen. Nicole Langenegger Roux betont, dass unbedingt ein politischer Konsens gefunden werden müsse.

Politische Zielsetzungen des Kantons

Gemäss Mehrjahresplanung des Kantons besteht das Ziel in einer Unterstützung der Familien, was aber nicht als eine bereichsübergreifende Politik betrachtet wird. Zu den ergriffenen Massnahmen gehören: Verbesserung des Prozesses für die Eintreibung und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen, Umsetzung des Gesetzes über häusliche Gewalt, Anwendung des Bundesgesetzes über die Familienzulagen für Personen mit einem kranken Kind, Revision des Zivilgesetzbuches hinsichtlich einer Professionalisierung der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden. Der Kanton hat unlängst auch dem demografischen Wandel vorgegriffen, indem er innovative Bürgerprojekte für ein gemeinsames Zusammenleben und generationsübergreifende Solidarität unterstützt hat. Der Kanton setzt den Akzent auf die Entwicklung der Pflege zu Hause und die Unterstützung der betreuenden Angehörigen. Eine familienfreundliche Besteuerung bleibt ein konstantes Ziel und der kantonale Familienfonds wurde revidiert.

Finanzielle Aspekte

Der Kanton Wallis hat sich immer als eher wohlgesonnen gegenüber traditionellen Familienmodellen profiliert. Von den Steuererleichterungen für Kinder profitieren alle Familien, doch die Familienpolitik nützt vor allem verheirateten Paaren, weniger Konkubinatspaaren oder Paaren mit ähnlichem Einkommen. Der Abzug der Kinderbetreuungskosten von 3'000 Franken pro Kind unter 14 Jahren bezieht sich nicht nur auf die Kosten der familienergänzenden Kinderbetreuung, sondern auch auf die selbst geleistete Kinderbetreuung durch die Eltern. Das Wallis hat immer noch gute Familienzulagen, obschon sie nicht mehr die höchsten in der Schweiz sind. Ausserdem gibt es im Wallis eine Geburtszulage und einen kantonalen Familienfonds zur Unterstützung von Familien mit bescheidenem Einkommen und Kinderlasten. Die Verbilligung der Krankenkassenprämien kam ausserdem zu über 50 % Haushalten mit einem Kind oder Kindern zugute. In Sachen verfügbares Einkommen liegt das Wallis im guten Schweizer Durchschnitt, genauere Analysen haben aber gezeigt, dass gewisse finanzielle Einbussen im Zusammenhang mit den Unterhaltsbeiträgen negative Erwerbsanreize sind. Diese negativen Folgen konnten zum Teil korrigiert werden.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Nicole Langenegger Roux erklärt, dass die Zahl der Kinderbetreuungsplätze zugenommen habe. Zwischen 2001 und 2014 hat sich das Budget für die Kinderbetreuung versechsfacht und die Zahl

der Plätze hat sich um 3,7 multipliziert. Allerdings gibt es immer noch nicht genügend Plätze und immer wieder wird das Problem aufgeworfen, dass sich die Öffnungszeiten nicht mit den Arbeitszeiten decken und dass es während der Schulferien einen Mangel gibt. Die Schwierigkeiten sind also sehr konkret. Ausserdem wird sehr viel Betreuungsarbeit von den Angehörigen, der Familie und Nachbarn geleistet. Nicole Langenegger Roux unterstreicht, dass das Tarifierungssystem der Kindertagesstätten nicht auf die Familienpolitik ausgerichtet sei, da sich vor allem für die Frauen ein alles andere als arbeitsfördernder Effekt ergibt. Die Lösung sollte auch vermehrt über den Arbeitgeber erfolgen, der bei dieser Debatte noch viel zu stark aussen vor gelassen wird. Erwähnenswert ist das Waadtländer Beispiel mit seiner Aufforderung an die Unternehmen, sich an den Betreuungsstrukturen zu beteiligen.

Schlussfolgerung

Das Wallis hat in vielen Bereichen Fortschritte erzielt, wie mit der Annahme eines Gesetzes über häusliche Gewalt im Jahr 2015. Nicole Langenegger Roux stellt sich allerdings die Frage nach einem Gesamtüberblick und nicht nach einem sektoralen Überblick, wie es beispielsweise bei den betreuenden Angehörigen der Fall ist. Die kantonale Politik zur Unterstützung der betreuenden Angehörigen stellt sich nicht genügend die Frage nach den Auswirkungen auf die Familie, wohlwissend, dass es die meiste Zeit die Frauen sind, die diese Care-Arbeit leisten. Auch sollte die Gesetzgebung unter dem Blickwinkel dieser Familienpolitik betrachtet werden, was für das Kantonale Amt für Gleichstellung und Familie eine gewaltige Arbeit bedeuten wird. Nicole Langenegger Roux zufolge fehlt im Integrationsdispositiv dieser Politik ein Glied. Sie spricht nicht von einem Familiengesetz, sondern von einem Ansatz in den Gesetzesgrundlagen für eine verbesserte Koordination. Das Familienmodell sollte über eine ganzheitlich angegangene Kinderpolitik neu überdacht werden. Die Bekämpfung der Armut muss auch über eine gute berufliche Eingliederung erfolgen.

Fragen aus dem Publikum

Auf eine Frage aus dem Publikum erinnert Nicole Langenegger Roux daran, dass eine Arbeitsgruppe gebildet wurde, um die prioritären Massnahmen für den Kindes- und Erwachsenenschutz abzustecken. In Bezug auf die benachteiligende Kostenfestsetzung im Zusammenhang mit den Tarifen der Kindertagesstätten schlägt sie angesichts der Komplexität des Systems keine Lösungen vor, hält aber fest, dass der Kanton Waadt externe Fachexperten beauftragt habe, um entsprechende Lösungsansätze zu finden. Sabina Gani ergreift wieder das Wort und schlägt eine Aktion über das Steuersystem vor, indem die Abzüge erhöht werden.

Zusammenfassung

Diese Tagung hat den Beginn von Überlegungen für eine wahrhafte Walliser Familienpolitik eingeläutet. Aus den Arbeiten, die in verschiedenen Kantonen durchgeführt wurden, geht hervor, dass das häufigste Familienmodell «Ehepaar mit einem Kind unter 25 Jahren» ist, dass es heute aber neue Familienformen wie Einelternfamilien oder Patchworkfamilien gibt, die mit anderen Realitäten konfrontiert sind und die in der Familienpolitik ebenfalls zu berücksichtigen sind. Im Zentrum der Diskussionen an dieser Tagung standen die Familienarmut und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Prioritäten setzen

Aus dieser Tagung geht hervor, dass es grundlegend ist den Bedarf zu kennen, um Prioritäten setzen zu können. Allzu oft ist die Rolle der Kantone nicht klar und die gesteckten Ziele bleiben vage. Ausserdem wurde vermehrt auf eine mangelnde Koordination der Strukturen und Stellen hingewiesen.

Auch der politische Konsens bleibt ein Schlüsselement für die Entwicklung einer Familienpolitik: Es braucht einen Impuls seitens der Regierung, der Gemeinden aber auch der externen Akteure.

Vereinbarkeitspolitik

Zum Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde vor allem die Erweiterung des Betreuungsangebots vorgebracht, um die Erwerbstätigkeit der Frauen zu fördern. Auch die Anpassung des Besteuerungssystems spielt eine wesentliche Rolle, da das aktuelle System trotz der vor allem im Wallis bereits eingeführten Erleichterungen noch allzu oft benachteiligend ist. Die Unternehmen, die bei Debatten noch viel zu sehr aussen vor gelassen werden, müssen aufgefordert werden, sich vermehrt für familienfreundliche Arbeitsbedingungen, aber auch für eine Finanzierung der Betreuungsstrukturen einzusetzen.

Innovative und globale Lösungen

Die Familienarmut bleibt eine entscheidende Herausforderung für die Familienpolitik, die Diskussionen zeigen allerdings, dass sich die Aktion nicht nur auf die finanziellen Aspekte sondern auch auf andere Aspekte beziehen muss. Die Kinderkosten bleiben immer Sache der Familie, mit allzu hohen Wohnkosten und Krankenkassenprämien. Auch auf Seiten der generationsübergreifenden Solidarität und der Zivilgesellschaft sind innovative Lösungsansätze zu suchen. Es versteht sich von selbst, dass die Ergänzungsleistungen, die Bevorschussung der Unterhaltsbeiträge und die steuerlichen Massnahmen wichtige Handlungsfelder bleiben, um die Armut der Familien einzudämmen. Der Kanton sollte auch neue Formen der Unterstützung für Familien vorschlagen, beispielsweise individuelle, und einen besseren Gesamtüberblick über die bestehenden Unterstützungsmassnahmen bieten.

Gesetzesgrundlagen

Die Frage der Gesetzesgrundlagen ist für die Umsetzung einer Familienpolitik grundlegend. Der gesetzgeberische Kontext ist mit der oben genannten politischen Unterstützung zu schaffen. Obschon es im Wallis noch keinen Familienbericht gibt⁵, hat der Kanton doch schon bedeutende Massnahmen auf der Grundlage verschiedener sektoraler Berichte ergriffen, wobei auch zu erwähnen ist, dass die Situation in jedem Kanton anders ist.

⁵ Auf Ende 2018 vorgesehen.

Die Herausforderungen von morgen

Die Familienpolitik bietet zahlreiche Herausforderungen und der Kanton wird die verschiedenen Entwicklungen, namentlich den demografischen Wandel, berücksichtigen müssen. Die Debatten zeigen heute allerdings wie wichtig es ist, die Mentalitäten hin zu einem verstärkt egalitären Familienmodell zu verändern – hin zur Schlüsselfrage der Aufgabenteilung. Im Laufe dieser Tagung wurde das Modell Schwedens vorgestellt, von dem sich der Kanton Wallis inspirieren lassen könnte. Er muss nämlich heute Überlegungen anstellen, um die Familienpolitik von morgen zu definieren.

Der Kanton hat beschlossen, sich für die Familienpolitik einzusetzen, da dem Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien (BASS) bereits ein Mandat zur Erstellung eines Walliser Familienberichts erteilt wurde, mit dem dreistufigen Ziel ein statistisches Porträt der Familien zu erstellen, die vorhandenen Unterstützungsmassnahmen zu inventarisieren und eine kritische Bilanz zu ziehen, um die Grundlagen für die Familienpolitik 2020 zu schaffen.